

Krise der Autoindustrie:

Menschen schützen

nicht Profite

Infoblatt

DIE LINKE.

Ortsverbände im Wahlkreis IV

Arbeitsplätze, Löhne und Klima retten

Produktion raus aus Unternehmerhand

Bei dem Autozulieferer **Eberspächer** in Esslingen bekamen im Dezember letzten Jahres 260 Kolleginnen und Kollegen die Kündigung. Bei **Balluff** auf den Fildern wurden 202 Beschäftigte entlassen. Schlag auf Schlag liefern Autokonzerne und Zulieferer neue Horrorzahlen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Werkschließungen.

Mahle: 7.600 weltweit, davon 2.000 in Deutschland,

Daimler: 30.000 bis 2025, davon 4.000 im Werk Untertürkheim.

Mann+Hummel will die Produktion in Ludwigsburg 2022 beenden und 400 Kolleginnen und Kollegen in die Arbeitslosigkeit schicken.

Im **Bosch**-Werk Bietigheim soll bereits Ende 2021 Schluss mit der Produktion sein. Hier verlieren 290 Arbeiter*innen ihren Job. Bosch will tausende Stellen abbauen. Allein in Schwäbisch Gmünd werden bis Ende 2026 1.850 Kolleginnen und Kollegen ihren Job verlieren.

»Die Metallbosse wollen alles, was die IG Metall in den letzten 50 Jahren erstreikt hat, in dieser Tarifrunde angreifen. Die IGM sollte ihre volle Kampfkraft gegen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnraub mobilisieren und die Macht der Konzerne brechen.«

30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Bei **Daimler**, **ZF** und **Bosch** wurden im Sommer 2020 Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzung mit entsprechendem Lohnverzicht abgeschlossen. Der Arbeitsplatzabbau geht weiter. Die Lohnopfer der Beschäftigten wurden und werden genutzt, um Werke in Niedriglohnländern Osteuropas oder anderswo hochzuziehen oder auszubauen. Dorthin wird immer mehr verlagert.

»Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, die in der Industrie für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Eine ökologische Verkehrswende, alternative Produktion und Arbeitszeitverkürzung sichern Beschäftigung und sind gut für den Klimaschutz.«

Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenarbeitslosigkeit muss der Kampf aller Gewerkschaften für die 30-Stunden-Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der volle Lohn- und Personalausgleich muss dabei selbstverständlich sein. Sonst wird Arbeitszeitverkürzung für die Unternehmer zum Instrument für Lohnsenkung, Arbeitsverdichtung und Erhöhung der Renditen.

Kandidat*innen für den Wahlkreis IV

(Bad Cannstatt, Neuge-reut, Ost, Unter-/Ober-türkheim, Wangen, Hedelfingen)



Foto: W. Rüter

Ursel Beck engagiert sich im Metallertreff Stuttgart.

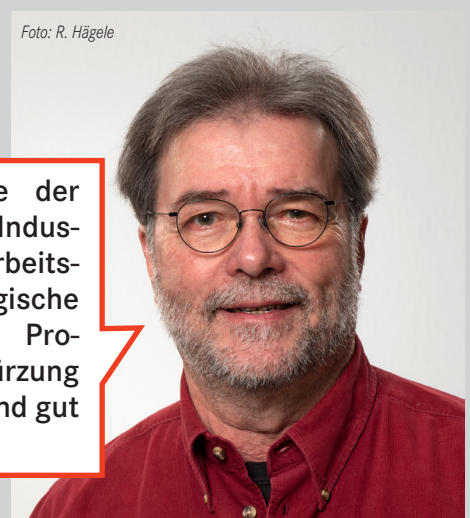


Foto: R. Hägele

Reiner Hofmann war viele Jahre im Betriebsrat von Porsche in Zuffenhausen und ist Bezirksbeirat in Mühlhausen.

Wählt bei der Landtagswahl am 14. März

DIE LINKE.

Überproduktionskrise

Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos. Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, der Produktion für Profit und dem Konkurrenzkampf.

Jeder Konzern versucht, auf Kosten der Konkurrenz seinen Marktanteil zu vergrößern. Damit gleichzeitig die Renditen wieder steigen, sollen die Lohnkosten sinken. Das ist der Grund für die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, die Verlagerung in Niedriglohnländer, die Lohnsenkungen und der Schrei nach staatlichen Subventionen.

Es geht nicht um den Antrieb, es geht um die gesamte Produktion

Die Absatzkrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die CO₂-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden.

Batterie-elektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Die CO₂-Bilanz eines E-PKW und erst recht eines Plug-in-Hybrid ist nicht besser als beim Verbrenner. Der Bau der geplanten Million Ladepunkte bis 2030 emittiert zusätzlich viel CO₂. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht werden, hat in der sogenannten Dritten Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote, Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik durch Reifenabrieb.

Die angebliche Transformation ist Propaganda fürs Greenwashing und für den Abbau von Arbeitsplätzen. Alle Konzerne bauen vorerst vor allem weiter Autos mit Verbrennungsmotor. Zusammen mit Geely will Daimler neue Verbrennungsmotoren entwickeln und verstärkt in China bauen (Stuttgarter Zeitung 19.12.2020). In einem Interview mit den Stuttgarter Nachrichten vom 4.12.2019 erklärte der

Chef der Antriebssparte bei Bosch, Uwe Gackstetter, dass im Jahr 2030 weltweit gerade mal ein Viertel aller neu zugelassenen Fahrzeuge Batterie-elektrisch angetrieben werden. Daimler gibt an, im Jahr 2030 die Hälfte seiner neuen Autos Batterie-elektrisch zu bauen. Davon werden viele als Plug-in-Hybride auf den Markt kommen, d. h. mit Batterieantrieb und Verbrennungsmotor. Eine Ende September 2020 unter Mitwirkung des Fraunhofer-Instituts veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Betrug weitergeht. Im Alltagsgebrauch ist der Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß bei Plug-ins bis viermal so hoch wie im offiziellen Testzyklus bzw. wie von den Herstellern angegeben.

Es hat nichts mit Transformation zu tun, wenn Daimler die Produktion von Dieselmotoren von Untertürkheim nach Polen oder Zuliefererbetriebe wie Mahle, Bosch, ZF, Continental Arbeitsplätze nach Ungarn, Tschechien, Rumänien oder China verlagern. Hier geht es um Lohndumping für Profite.

Umstellung der Autoindustrie auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion

Es macht keinen Sinn, weiter massenhaft Autos zu produzieren, die niemand braucht, während nicht genügend Kapazitäten für dringend benötigte Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs (Schienenfahrzeuge, Busse) zur Verfügung stehen. Es macht keinen Sinn, die Arbeitskraft der Ingenieur*innen, Softwareentwickler*innen und Produktionsarbeiter*innen in der Autoindustrie für immer mehr Schnickschnack und Software zur digitalen Hochrüstung von Autos und für autonomes Fahren zu verschwenden, während Signalanlagen, Weichen und Stellwerke bei der Bahn völlig veraltet sind und zum Teil noch aus der Kaiserzeit stammen. Mit einer Konversion der Autoindustrie für öffentliche Verkehrsmittel könnten die Arbeitsplätze in der Autoindustrie und das Klima gerettet werden.

Wir fordern:

- ▶ Erhalt aller Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie
- ▶ Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung
- ▶ Offenlegung aller Finanz- und Wirtschaftsdaten der Betriebe der Autoindustrie sowie sämtlicher verbauter Software für die Motorensteuerung
- ▶ Schluss mit Profitproduktion, Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub und Betrug in der Autoindustrie; Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle entsprechend der Satzung der IG Metall
- ▶ Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte
- ▶ Hardware-Nachrüstung für alle Dieselfahrzeuge auf Kosten der Profite und mit Herstellergarantie
- ▶ Schluss mit der staatlichen Förderung und dem Greenwashing von Batterie-elektrischen Antrieben

Der Kampf um die Rettung der Arbeitsplätze in der Autoindustrie und eine Verkehrswende zur Rettung des Klimas ist für uns Teil des Kampfes für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt bestimmen und nicht die Profitinteresse einer kleinen Minderheit. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie, in der Banken und Konzerne in öffentlichem Eigentum sind und die Beschäftigten durch demokratische Selbstorganisation Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse von Mensch und Umwelt leiten.

Impressum: DIE LINKE. Stuttgart

V.i.S.d.P.: Ursel Beck

Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart

Fragen & Kontakt:

E-mail: info@die-linke-stuttgart.de

Web: www.stuttgart.die-linke-bw.de

Facebook: DIE LINKE Stuttgart Bad

Cannstatt Mühlhausen Münster

Wir freuen uns über jede Anfrage!

Wählt bei der Landtagswahl am 14. März

DIE LINKE.